

## **Antrag**

**der Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Bernd Baumann, Dirk Nockemann,  
Dr. Alexander Wolf, Dr. Joachim Körner, Andrea Oelschlaeger, Detlef Ehlebracht  
(AfD)**

**Betr.: Anforderungsprofil für Imame und bessere Überwachung salafistischer  
Moscheen**

Neben dem Christentum ist der Islam diejenige Religion in Deutschland, die über die meisten Anhänger verfügt. Aktuelle Erhebungen zufolge leben gegenwärtig etwa 4,3 Millionen Muslime in der Bundesrepublik; damit stellen sie einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 5,2 Prozent.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund verfügt mittlerweile jede deutsche Großstadt über eine facettenreiche muslimische Lebenswelt, die aus zahlreichen Milieus besteht und nahezu sämtliche innerislamischen Strömungen<sup>2</sup> mit einschließt. Als zweitgrößte Metropole Deutschlands ist Hamburg davon nicht ausgenommen. Der BASFI zufolge lebten im Jahr 2013 etwa 130.000 Muslime in der Hansestadt, was einem Anteil von 8 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.<sup>3</sup>

Die Anwesenheit der Muslime in Hamburg kann man unter anderem an der Existenz zahlreicher Moscheen erkennen, die gerade an verschiedenen Orten der Stadt entstehen oder aber bereits seit Jahren das Straßenbild prägen.<sup>4</sup> Die Tatsache, der zufolge die Bedeutung der Muslime als religiöse Gemeinschaft während der vergangenen Jahrzehnte stetig zugenommen hat, ist zuletzt mit dem Abschluss eines Staatsvertrages gewürdigt worden, den der Senat im November 2012 mit den drei muslimischen Trägerverbänden<sup>5</sup> geschlossen hat. Da den Hamburger Muslimen neben Einwanderern aus dem Iran vor allem Migranten aus der Türkei und Afghanistan angehören, bekennt sich die überwiegende Mehrheit der Gläubigen zum sunnitischen Islam.<sup>6</sup>

Obzwar es sich bei der absoluten Mehrheit der in Hamburg lebenden Muslime um friedliebende und gesetzestreue Bürger handelt, die in verschiedener Weise am gesellschaftlichen Leben der Stadt partizipieren und es in einigen Bezirken auch ent-

---

<sup>1</sup> Confer Muslimisches Leben in Deutschland (im Auftrag der deutschen Islamkonferenz). Herausgegeben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Forschungsbericht 2009. Seite 321.

<sup>2</sup> Jenseits der Dichotomie von Sunniten und Schiiten gehören unter anderem die Gemeinschaften der Aleviten und die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat zum mannigfaltigen konfessionellen Spektrum des Islam in Deutschland. Die Gesamtzahl der Aleviten wird von Experten bundesweit gegenwärtig auf etwa 480.000 – 552.000 kalkuliert. Confer Hamburg postmigrantisch. Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland. Herausgegeben vom Berliner Institut für Integrations- und Migrationsforschung. Berlin 2014. Seite 20.

<sup>3</sup> Confer BASFI 2013.

<sup>4</sup> Mit einer Anzahl von mehr als 50 gibt es mittlerweile mehr Moscheen als katholische Kirchen in Hamburg. Confer Hamburg postmigrantisch. Seite 31.

<sup>5</sup> Dazu zählen der DITIB Landesverband Hamburg e.V., der SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V. (SCHURA) und der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.

<sup>6</sup> Confer Hamburg postmigrantisch. Seite 21.

scheidend prägen, ist das Islambild in der öffentlichen Wahrnehmung seit mehreren Jahren einem negativen Wandel unterworfen. Der Grund für diese Entwicklung besteht vor allem in der Aktivität der Salafisten<sup>7</sup> – den Angehörigen einer ultraorthodoxen Strömung innerhalb des sunnitischen Islam, die – wenn zwar sie nur von einer geringen Minderheit der Muslime repräsentiert wird – gleichwohl zu einer bestimmten Größe des aktuellen Islamdiskurses geworden ist.<sup>8</sup>

Doch nicht nur Städte wie Madrid, London, Paris oder Brüssel, die seit dem 11. September 2001 zu Opfern von islamistischen Terroristen geworden sind, deren Mitglieder sich auch aus dem salafistischen Spektrum rekrutieren, haben bislang Erfahrungen mit dem Salafismus gemacht. Als zweitgrößte Stadt Deutschlands zählt mittlerweile auch Hamburg zum Operationsraum von Salafisten, die seit einigen Jahren immer mehr in die Öffentlichkeit drängen und ihrer Bewegung dadurch einen regen Zulauf verschafft haben.<sup>9</sup> Dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz zufolge waren 2014 insgesamt 472 Salafisten in der Hansestadt aktiv, von denen 266 Personen als gewaltbereit gelten.<sup>10</sup> Neben zahlreichen Koranverteilungsaktionen<sup>11</sup>, die vornehmlich dem Ziel dienen, neue Anhänger zu rekrutieren, sind Salafisten mittlerweile aber auch an Hamburger Schulen aktiv, weshalb das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) von „religiös gefärbten Konfliktlagen an Hamburger Schulen“ spricht.<sup>12</sup>

Darüber hinaus kann man konstatieren, dass die salafistische Szene in Hamburg offenbar ein vitales Interesse daran hat, mit muslimischen Flüchtlingen in Kontakt zu treten, die von ihnen als potenzielle Mitglieder betrachtet werden.<sup>13</sup> Obwohl Salafisten nicht selten in Kleingruppen agieren und sich generell an verschiedenen Standorten bewegen, ist es kein Geheimnis, dass auch sie bei der Gestaltung ihres Gemeindelebens auf die islamische Infrastruktur in Hamburg zurückgreifen, indem sie verschiedene Moscheen als Anlaufstellen und Treffpunkte nutzen. In der Regel handelt es sich dabei um solche, die selbst dem salafistischen Spektrum angehören und deswegen dauerhaft beziehungsweise temporär vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die 2010 geschlossene al-Quds-Moschee jahrelang ein internationales Drehkreuz für Jihadisten gewesen ist. Aber auch die Taqwa- sowie die Masjid-El-Iman-Moschee sind den Sicherheitsbehörden als Treffpunkte von politischen und jihadistischen Salafisten bekannt.<sup>14</sup> Die As-Sahaba-Moschee in Barmbek-Nord geriet zuletzt im Februar 2015 in die Schlagzeilen, weil sie den salafistischen Hassprediger Abu Abdallah (bürgerlich Baher Ibrahim) vor die Tür setzte, nachdem dieser dem Verfassungsschutz zufolge bei jungen

---

<sup>7</sup> Salafisten sind jedoch nicht a priori mit Jihadisten gleichzusetzen. Vor diesem Hintergrund differenziert das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz den Begriff Salafismus in folgender Weise: „Der Salafismus besteht aus verschiedenen Strömungen, der Verfassungsschutz beobachtet den politischen und den jihadistischen Salafismus. Die Grenzen zwischen beiden Lagern sind allerdings fließend. Gemeinsam ist den Anhängern beider Erscheinungsformen, dass sie danach streben, den ihrer Ansicht nach „reinen und unverfälschten“ Islam umzusetzen. Sie orientieren sich an den ersten Generationen der Muslime, die sie die „frommen Altvorderen“ (arabisch: as salaf as salih) nennen (...) Politische und jihadistische Salafisten unterscheiden sich nur in Hinblick auf die Gewaltfrage. Während politische Salafisten ihre Auslegung des Islam überwiegend durch Missionierungsarbeit (arab.: Da'wa) verbreiten und durchsetzen wollen, sehen Jihadisten auch die Anwendung von Gewalt (militärischer Jihad) als notwendig und legitim an.“ Confer „Kompaktinformation Salafismus“. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Flüchtlingsunterkünften. Hamburg 2015. Seiten 3 – 4.

<sup>8</sup> Confer Hamburg postmigrantisch. Seite 28 fortfolgende.

<sup>9</sup> Die Zahl der Salafisten in Hamburg hat sich seit 2012 versiebenfacht.

<sup>10</sup> Confer Drs. 21/1278.

<sup>11</sup> Im Jahr 2012 sind erstmals Koranverteilungen in Hamburg festgestellt worden. Confer Drs. 21/114. Ihre Anzahl hat sich allein im Bezirk Mitte von 19 (Gesamtjahr 2012) auf 80 (Zeitraum 1.1.15 bis 18.08.15) gesteigert. Confer Drs. 21/1278.

<sup>12</sup> Hamburger Bürgerschaft 2014a.

<sup>13</sup> Confer Drs. 21/2965.

<sup>14</sup> Confer Drs. 21/1278 und 21/58.

Muslimen implizit für den Dschihad im Nahen Osten geworben hatte.<sup>15</sup> Beunruhigend ist auch, dass der gleichnamige Moschee-Verein (Assahaba e.V.) mittlerweile aus dem Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg (SCHURA) ausgetreten ist und damit nicht mehr dessen Zuständigkeit unterliegt.<sup>16</sup> Dass diese Tendenz offenbar nicht nur in Einzelfällen zu beobachten ist, geht indes aus der Stellungnahme des Stadtteilrats Wilhelmsburg hervor, der mittlerweile von drei salafistischen Moscheen vor Ort spricht.<sup>17</sup>

Diese Stellungnahme lässt erkennen, dass sich die im Verfassungsschutzbericht 2014 skizzierte Bedrohungslage im Süden Hamburgs bis heute offenbar weiter verschärft hat. Wurde zunächst noch die Taqwa-Moschee als „wichtigster Anlaufpunkt“ der Salafisten-Szene Hamburgs genannt<sup>18</sup>, während man der ebenfalls in Harburg gelegenen Masjid-El-Iman-Moschee lediglich einen signifikanten Anstieg des salafistischen Einflusses diagnostizierte<sup>19</sup>, ist nun auch ein dritter, bisher nicht namentlich genannter Moscheeverein mit dem Salafismus in Verbindung gebracht worden. Damit zeichnet sich eine Tendenz ab, der zufolge der Süden Hamburgs bereits seit Jahren als Dreh- und Angelpunkt islamistischer Gruppierungen fungiert. Zwar ist es aus heutiger Sicht kaum möglich, diese Entwicklung zeitlich exakt zu bestimmen, wohl aber lassen sich Rahmen setzen, die eine Betrachtung im Grobaster erlauben.

Nimmt man zur Kenntnis, dass mit Mohammed Atta und Marwan Al-Shehhi gleich zwei Attentäter des 11. September 2001 in Harburg lebten und Teil von dessen islamischer Community gewesen sind, und berücksichtigt man, dass Pierre Vogel – seit Langem einer der bedeutendsten Protagonisten der deutschen Salafisten-Szene, im Herbst 2014 seinen Wohnsitz vorübergehend nach Harburg verlegte<sup>20</sup> – wird die Bedeutung der Stadtregion plötzlich klar: Bereits vor 15 Jahren ist sie gleichermaßen Rückzugs- wie Aktionsraum internationaler jihadistischer Salafisten gewesen und wird in dieser Weise noch heute von deutschen Salafisten genutzt. Besorgniserregend ist zudem, dass Salafisten mittlerweile auch außerhalb der oben genannten Moscheen aktiv sind, immer wieder werbend auf Jugendliche zugehen und damit das Straßenbild negativ prägen. Die akute Bedrohung, die auch in Hamburg vom Salafismus ausgeht und durch die aktuelle Flüchtlingskrise weiter an Bedeutung gewinnt, hat das Landesamt für Verfassungsschutz dazu bewogen, eine eigene Informationsbroschüre<sup>21</sup> herauszugeben, um vor den Machenschaften der Salafisten zu warnen.

Angesichts der verheerenden Terroranschläge der jüngeren Vergangenheit sowie eingedenk der Tatsache, dass nahezu alle der an ihnen beteiligten Personen dem salafistischen Spektrum angehörten, ist nicht nachvollziehbar, warum der Senat bislang kein Interesse daran zeigt, von Salafisten besuchte Moscheen stärker zur Aufklärungsarbeit zu verpflichten<sup>22</sup>; dies ist besonders dann der Fall, wenn es darum geht, von sich aus die Aktivitäten mutmaßlich salafistischer Besucher beziehungsweise Gemeindemitglieder zu dokumentieren und gegenüber den Behörden anzuzeigen. Darüber hinaus bleibt auch fraglich, warum der Senat – wie in Drs. 21/4559 gezeigt – darauf verzichtet, in Hamburg tätige Imame zu überprüfen, die weder der deutschen Sprache mächtig sind noch über eine akademische Ausbildung verfügen, dafür aber im Ausland ausgebildet sowie von dort aus bezahlt werden.<sup>23</sup>

---

<sup>15</sup> Barmbeker Moschee schließt Salafisten-Prediger aus. „Hamburger Abendblatt“ online am 27.2.2015.

<sup>16</sup> Confer Verfassungsschutzbericht Hamburg (VSH) 2014. Seite 44.

<sup>17</sup> Wie Salafisten in Wilhelmsburg Einfluss nehmen. „Hamburger Abendblatt“ online am 16.10.2015.

<sup>18</sup> VSH 2014. Seite 46.

<sup>19</sup> Confer ibidem.

<sup>20</sup> Confer VSH 2014. Seiten 4, 46; weiterführend: Umstrittener Salafist Pierre Vogel versucht sich an neuer Wirkungsstätte in Hamburg. Beitrag der Behörde für Inneres und Sport vom 17. Juli 2014.

<sup>21</sup> Hierzu Anmerkung 7.

<sup>22</sup> Confer Drs. 21/2578.

<sup>23</sup> Dem BAMF zufolge existieren gegenwärtig etwa 2.350 Moscheegemeinden in Deutschland, an denen bis zu 2.500 Imame tätig sind, von denen die wenigsten aus Deutschland kommen. „Wie gefährlich sind Imame“? „Hamburger Abendblatt“ online vom 1. Mai 2016.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

1. Der Senat wird aufgefordert, auf der Grundlage des Staatsvertrages ein Anforderungsprofil zu erarbeiten, das künftig für solche Imame verbindlich ist, die im Ausland ausgebildet worden sind und von dort aus bezahlt werden. Dazu gehört, dass Imame vor ihrer Einstellung einen Nachweis der deutschen Sprache erbringen, ihre Ausbildung anhand von Diplomen belegen sowie ein polizeiliches Führungszeugnis einreichen, sofern sie bereits seit längerer Zeit in Deutschland leben.
2. Der Senat wird aufgefordert im Dialog mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften darauf hinzuwirken, den Staatsvertrag um einen „Salafismus-Paragraphen“ zu erweitern. Dieser soll festlegen, welche Konsequenzen Moscheegemeinden zu befürchten haben, die salafistische Aktivitäten nachweislich dulden oder gar gutheißen. Derartige Sanktionen sollten in der Verpflichtung bestehen, für einen bestimmten Zeitraum quartalsmäßig über die Anwesenheit von Salafisten zu berichten und in Extremfällen auch die Schließung einer Moschee beinhalten. Falls eine Moscheegemeinde nicht dem Staatsvertrag unterliegt, müssen die gesetzlichen Grundlagen geprüft werden, die die Umsetzung dieser Maßnahmen voraussetzen. In Hinblick auf Erforderlichkeit und Dauer der zu verhängenden Sanktionen soll das Landesamt für Verfassungsschutz im Einzelfall eine Empfehlung aussprechen. Die Ergebnisse sind vom Senat bis zum 1. Oktober 2016 vorzulegen.
3. Der Senat wird aufgefordert, künftig die Bedingung an die Ausübung des Imamamtes zu knüpfen, dass diese Stelle nicht mehr aus dem Ausland besoldet wird.